



Rede des
Bundesministers der Verteidigung,
Dr. Thomas de Maizière,
anlässlich der
Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung
am 15. November 2011
in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort

I.

Immanuel Kant hat einmal die grundlegenden Fragen der Philosophie auf drei reduziert: Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen?

Das sind auch Grundfragen des Glaubens und der Politik.

Kant hat im Anschluss darauf hingewiesen, dass diese drei Fragen in der einen großen Frage enden: Was ist der Mensch?

Nun zeichnen sich großen Fragen dadurch aus, dass sie sich nicht oder nur schwer lösen lassen.

Das Wesen des Menschen kennen wir nur unzulänglich.

Bei allen Unterschieden, seien sie religiös, kulturell, geografisch oder anderweitig bedingt, gibt es jedenfalls einige Dinge, die die Menschen auf der ganzen Welt gemein haben:

Überall haben Menschen im Laufe der Geschichte Formen von Organisation, von Politik, aber auch von Religiosität entwickelt.

Überall leben Menschen zusammen und kümmern sich um ihren Nachwuchs - sei es in einer afrikanischen Dorfgemeinschaft, in einer Kleinfamilie in Schweden oder einer „Patchwork-Familie“ in Berlin.

Ein weiteres Phänomen zieht sich aber leider auch wie ein blutroter Faden durch alle Kontinente und die ganze Menschheitsgeschichte: Die menschliche Neigung zu Gewalt und Krieg.

Krieg und Gewalt sind Teil unserer Geschichte. Und Krieg und Gewalt sind leider auch Teil unserer Gegenwart. Und es spricht die Erfahrung dafür, dass Gewalt und Krieg auch Teil unserer Zukunft sein werden.

Wozu braucht Deutschland Soldaten? Wofür töten? Wofür sterben?

Es sind sehr wichtige und ernsthafte Fragen, die wir heute Abend diskutieren.

Und es ist gut, dass wir sie diskutieren, denn aus meiner Sicht ist es notwendig, dass unsere Gesellschaft – wir alle – regelmäßig hinterfragen, welche Bedrohungen und Risiken bestehen und wie wir auf diese Risiken reagieren wollen. Soldaten in den Einsatz zu schicken, das ist eine ernste Sache.

Und wir müssen uns darüber Rechenschaft ablegen, für welche Werte und Überzeugungen wir bereit sind, Soldaten kämpfen und notfalls auch töten oder sterben zu lassen.

Diese Überlegungen sind für die deutsche Gesellschaft nicht länger ein theoretisches Gedankenspiel.

Zum Volkstrauertag gedenken wir am Ehrenmal der Bundeswehr derjenigen, die im Dienst für unser Land gefallen sind oder ihren schweren Verwundungen erlagen.

Es wurden die Namen unserer Toten der vergangenen zwölf Monate namentlich verlesen. In diesem Jahr waren es elf, zumeist junge Menschen.

II.

Das Bild des Soldaten, seine Aufgaben und damit verbunden seine Stellung im Staat unterliegen einem ständigen Wandel.

Im Kalten Krieg war die Bundeswehr dazu da, einen Einsatz zu verhindern. Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen, das war die Doktrin der Abschreckung. Das war teuer, riskant, aber berechenbar und erfolgreich.

Seit Ende des Kalten Krieges sind Konfliktverhütung und Friedenserzwingung an der Tagesordnung. Und das heißt Einsatz und im Ausnahmefall Kampf.

Die Auflösung der Blöcke, die Steigerung des weltweiten Austausches von Waren, Informationen und Dienstleistungen fördert die wirtschaftliche Entwicklung. Der technische Fortschritt wird beschleunigt.

Die Globalisierung beeinflusst heute nahezu jeden Lebensbereich. Ihre Auswirkungen sind allgegenwärtig und die meisten Bürger wissen um diese Auswirkungen. Das Schild „made in Cambodia“ in dem neu erworbenen Kleidungsstück ruft heute kein Erstaunen mehr hervor.

Globalisierung – das ist aber mehr.

Es gibt heute ein weltweit bestehendes weitverzweigtes Netz von Abhängigkeiten und Kausalitäten.

So neu ist die Erkenntnis nicht, dass wir beispielsweise Öl oder Gas aus anderen Regionen importieren müssen. Neu ist jedoch, dass immer *mehr* Akteure Teil dieses Netzes werden.

Viele der neuen Akteure sind für uns heute noch schwer einschätzbar.

Ob politisches Handeln (wie so oft behauptet) in dieser komplexen und verzweigten Welt schwieriger ist als zu anderen Zeiten, das wage ich jedoch zu bezweifeln.

Die Menschen finden ihre Aufgaben in jeder Zeit besonders wichtig. Vielleicht braucht man das, um gute Arbeit zu leisten.

III.

Die Globalisierung mit ihrer immer engeren internationalen Arbeitsteilung und Verflechtung wirkt sich ganz unmittelbar auch auf unser Sicherheitsumfeld aus.

Selbst geographisch weit entfernte Krisen und Gefahrenherde können heute rasch unmittelbare Auswirkungen auf Europa und Deutschland haben.

Nationale Grenzen und große Distanzen zu den Gefahrenherden in anderen Weltregionen bieten zunehmend weniger Schutz. Die Ursachen liegen in der technischen Entwicklung und in den Mobilitäten der Welt von heute.

Hinzu kommt: Wir definieren Sicherheit heute weitaus *umfassender* als noch zu Zeiten des Kalten Kriegs.

Sicherheit umfasst heute auch soziale, demographische, religiöse, ökologische und wirtschaftliche Aspekte. Ohne gesicherten Zugang zu Rohstoffen und ohne freien Handel wäre Deutschland als rohstoffarme und dicht besiedelte Exportnation gefährdet. Religion hat heilende, aber auch zerstörerische Kraft. Elend führt zu Aufständen. Knappes Wasser verursacht Gewalt.

Die Mehrzahl der aktuellen und künftigen Krisen erwachsen heute jedoch nicht aus dem Entstehen neuer mächtiger Konkurrenten im Konzert der Mächte.

Bedroht werden wir vielmehr durch das genaue Gegenteil, durch den Zusammenbruch staatlicher Ordnung in manchen Teilen der Welt aufgrund politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Staatliche „Gewalt“ hielten wir für selbstverständlich. Es ging nur noch um die Frage, wie sie legitimiert wird. Jetzt lernen wir, dass staatliche Gewalt jeder Art zerfallen kann und der Mensch wieder des Menschen Wolf (Feind) wird.

Zu den alten Gefahren, die seit Jahrhunderten zu zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikten führen, treten neue hinzu: Piraterie, die unkontrollierte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie der internationale Terrorismus. Eine weitere große Herausforderung wird unser Umgang mit möglichen künftigen Flüchtlingsströmen sein.

IV.

Und auch eine weitere Entwicklung – oft mit dem Gesagten kombiniert – stellt uns vor Herausforderungen.

Seit Ende des Kalten Krieges ist es weltweit zu einer in gewissen Weise faktischen Privatisierung des Krieges gekommen. Wo der Staat seine Macht verliert, gewinnt private Macht an Gewalt. In Deutschland kennen wir dieses Phänomen nur noch aus den Geschichtsbüchern über den Dreißigjährigen Krieg.

Kodifizierung, Verstaatlichung und Symmetrisierung des Krieges waren und sind Versuche der Neuzeit, kriegerische Gewalt einzuhegen. Das Völkerrecht konnte zwar Kriege nicht verhindern, aber seine Methoden und Folgen reglementieren.

Auch zwischenstaatlich ausgehandelte Verbote bestimmter Waffenarten (Bsp. Streubomben) sind das Ergebnis des Versuchs, kriegerische Auseinandersetzungen zu reglementieren.

Zwischenstaatliche Konflikte lassen sich zwar für die Zukunft nicht ausschließen – denken Sie an die Gefahren, die mit einer atomaren Bewaffnung des Irans verbunden sind.

Jedenfalls für uns ist die Bedrohung durch einen anderen Staat aber heute nicht mehr das *vorrangige* Risiko.

Wohl aber auch nicht-staatliche Akteure. Und hier komme ich zur Privatisierung kriegerischer Konflikte zurück.

Kriegsmittel – selbst Massen-vernichtungswaffen – sind billig geworden. Und sie sind verhältnismäßig leicht zu beschaffen. Staaten haben sie nicht länger exklusiv in ihren Arsenalen.

Auch kriminelle Organisationen und terroristische Netzwerke erlangen Zugang zu Kriegsmitteln auch modernster Technologie.

Allein beim Bürgerkrieg in Libyen sind wiederum tausende Waffen aus staatlicher Kontrolle in private Hände gewechselt.

In den sogenannten *failed states* existieren offene Kriegsökonomien. Großräumig organisierte Gewaltanwendung ist in vielen Gebieten der Erde wieder lukrativ geworden.

Die Ziele nichtstaatlicher Akteure sind dabei ganz unterschiedlich: Sie sind religiös oder weltanschaulich motiviert, sie agieren aus Gewinnsucht, schlicht aus krimineller Motivation oder aus einer Mischung von alledem.

Religiöse Fanatiker, Terroristen und Kriminelle nutzen zivilisatorische Verwerfungen, Armut, den Zusammenbruch staatlicher Strukturen, Übervölkerung, ja sogar Epidemien und Naturkatastrophen für ihre Zwecke.

An Kriegs- und Völkerrechts fühlen sie sich nicht gebunden. Dem Schutz der Zivilbevölkerung fühlen sie sich nicht verpflichtet.

Für diese privaten Unternehmer des Krieges bilden Krieg und staatliche Agonie das „Geschäftsmodell“.

V.

Asymmetrisch sind diese neuen Bedrohungen nicht nur, weil unsere staatlichen Sicherheitseinrichtungen durch mehr oder weniger straffe private Organisationen herausgefordert werden.

Asymmetrisch sind sie auch, weil

- insbesondere religiös motivierte Terroristen zunehmend keine Rücksicht mehr auf das eigene Überleben nehmen und
- sich in diesem Konflikt eine Partei einseitig an nationales und internationales Recht bindet und damit die Ausübung von Gewalt reglementiert und limitiert, während die andere dies bewusst unterlässt und daraus sogar militärisch – nicht politisch – Vorteile ziehen kann.

VI.

Zu den ganz großen künftigen Herausforderungen zählt wohl auch der demographische Wandel. Bei uns wird der demographische Wandel vornehmlich als ein innen-politisches Problem der „Überalterung unserer Gesellschaft“, genauer Unterjüngung der Gesellschaft, wahrgenommen.

Viel zu wenig wird beachtet, dass viele Länder innerhalb Europas, etwa Russland, aber auch außerhalb Europas ein demographisches Problem haben – und zwar noch wesentlich größer und drängender.

Ein Beispiel: Im Jemen, einem Land, das überwiegend aus Gebirge und Wüste besteht und durch das nicht ein einziger Fluss fließt, der zuverlässig das ganze Jahr über Wasser führt, gab es im Jahre 1950 etwa 2,5 Millionen Einwohner.

Heute sind es 20 Millionen. 2050 werden es 80 Millionen sein – mehr als in Deutschland.

Heute schon beträgt dort die Arbeitslosenquote 35 Prozent. Beinahe die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Zwischen Europa und seinen im Süden und Südosten angrenzenden Nachbar-gebieten zeichnet sich folgende Entwicklung ab:

Deutschland und den anderen europäischen Staaten mit alternder und schrumpfender Bevölkerung aber hochentwickelten sozialen Sicherungssystemen stehen immer mehr jugendliche Gesellschaften gegenüber.

In Deutschland liegt der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung bei 14 Prozent.

Im Iran sind es 26, in Algerien und Marokko rund 30 Prozent. Die Palästinenser kommen auf 45 und in Uganda sind es sagenhafte 50 Prozent.

Die jungen Menschen werden also tun, was Menschen zu allen Zeiten getan haben. Sie werden um Brot und Arbeit kämpfen im eigenen Land, auch um Einfluss. Und sie werden dahin gehen, wo es Arbeit und Brot gibt, wenn ihnen in ihren eigenen Ländern keine Zukunftsperspektiven geboten werden.

VII.

Was bedeuten diese Entwicklungen für die deutsche Sicherheitspolitik?

- Kein Staat kann diese neuen Herausforderungen in ihrer Komplexität und Dynamik allein bewältigen.
- Sicherheit lässt sich heute nicht mehr allein auf die Abwesenheit von Unsicherheit reduzieren – und schon gar nicht auf die bloße Abwesenheit von Krieg.

Sicherheit ist heute eine *umfassende* Aufgabe für alle Politikbereiche.

Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Unser Wohlstand lebt von und mit der Welt. Wie wir im Inneren Sagen „Eigentum verpflichtet“, so müssen wir international sagen „Wohlstand verpflichtet“.

Und wenn wir den Auftrag, Sicherheit zu gewährleisten ernst nehmen und wenn die UN überhaupt einen Sinn hat, dann müssen wir Deutschen internationale Verantwortung auch dann übernehmen, wenn deutsche Interessen nicht direkt und unmittelbar betroffen sind. Wir sind ungeteiltes und erwachsenes Mitglied der EU, der NATO und der UN. Und das hat Folgen wie für andere Staaten auch.

VIII.

Eine gemeinsame Sicherheit kann heute und in Zukunft nur durch internationale Zusammenarbeit und die kluge Kombination ziviler *und* militärischer, militärischer und ziviler Instrumente gewährleistet werden.

Wie genau sieht aber eine kluge Kombination solcher Instrumente aus?

Hier fallen die Antworten (gerade auch in der deutschen Öffentlichkeit) sehr unterschiedlich aus.

Ein Beispiel:

- In einer Umfrage vor wenigen Wochen sprachen sich 66% der Befragten für einen sofortigen Abzug aus Afghanistan aus.
- Gleichzeitig befürworteten 63% der Befragten einen möglichen UN-Militäreinsatz zur Sicherung von Hilfstransporten in Somalia – auch mit deutscher Beteiligung.

Wie passt das zusammen?

Und was bedeutet das für unsere Frage, wie wir militärische und zivile Instrumente klug miteinander kombinieren?

Den Ergebnissen dieser Befragungen liegt möglicherweise die Vorstellung zu Grunde, strikt zwischen (gutem) humanitärem Hilfsengagement und (bösem) Kampfeinsatz unterscheiden zu können.

Wir wissen jedoch leider aus unseren Erfahrungen: Das ist nicht möglich.

Der Charakter eines Einsatzes kann sich schnell und grundsätzlich ändern:

Wir sind mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Afghanistan gegangen, um eine Regierung dabei zu unterstützen, für Sicherheit in ihrem Land zu sorgen. ISAF steht für „International Security Assistance Force“.

Dennoch sprechen wir inzwischen von einem kriegerischen Konflikt in Afghanistan. Unsere Soldaten müssen dort kämpfen können und kämpfen wollen. Wir haben Verwundete. Wir trauern um Gefallene.

Und an diesem Punkt komme ich zurück zu unseren Ausgangsfragen: Was können wir wissen z.B. vor einem Einsatz? Was sollen wir tun statt eines Einsatzes und/oder im Einsatz? Was dürfen wir hoffen als Ziel eines Einsatzes?

Der sicherheitspolitische Diskurs über diese Fragen steht in Deutschland noch ganz am Anfang. Wir sind in Einsätzen nach 1990 hineingeschliddert, zunächst mit Sanitätssoldaten. Wir diskutieren Einzelfälle, aber nicht oder zu wenig den Grundsatz.

Wir brauchen möglichst einen breiten nationalen Konsens darüber, wen oder was wir schützen wollen – und zu welchem Preis, wozu wir Soldaten brauchen, wie es im Thema des Abends ja heißt.

Wir müssen uns in jeder Situation ehrlich fragen: Wo liegt die „kritische Schwelle“ für unser militärisches Eingreifen?

Wenn alles Verhandeln, wenn alle Drohungen und Sanktionen nichts nutzen – müssen wir dann sogar eingreifen? Und wer ist „wir“? Die Region, die Welt, die NATO, Deutschland?

- Wenn es um die Verhinderung massiver Verletzungen der Menschenrechte geht?
- Wenn Massenvertreibungen stattfinden oder ein Genozid stattfindet oder droht?

Viele fragen heute voller Scham, ob der Völkermord in Ruanda im Jahr 1994 durch eine humanitäre Intervention hätte verhindert werden können.

Was können wir wissen? Von dem Völkermord damals wussten viele.

Oder nehmen wir den Kosovokrieg 1999. Damals entschied sich die Nato für einen militärischen Einsatz als Reaktion auf die fürchterlichen Menschenrechtsverletzungen. Bis heute ist der Einsatz umstritten, weil er ohne UN-Mandat erfolgte. Erfolgreich war er, auch wenn noch viel zu tun bleibt.

IX.

Bundespräsident Walter Scheel hat 1978 über die westdeutsche Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gesagt, sie habe die Existenz der Bundeswehr zwar hingenommen, aber noch nicht geistig verarbeitet.

Scheel sagte damals: Man fühle dumpf ihre Notwendigkeit, aber man möchte sie nicht vor seinem Bewusstsein eingestehen. Vor allem möchte man keine Konsequenzen für sich selbst daraus ziehen.¹

Das ist heute zum Teil anders. Es gibt eine große Zuwendung zu den Soldaten, nicht nur beim Thema Standortschließungen. Gefallene Soldaten werden geehrt. Das ist mehr als Hinnehmen. Aber ähnlich ist es heute wohl mit der Frage, unter welchen Umständen sich deutsche Soldaten an militärischen Auslandseinsätzen beteiligen sollen.

Auch heute ahnen die meisten Bürger unseres Landes, dass ihnen manche Entwicklungen fern von Deutschland nicht egal sein dürfen.

Sie ahnen, dass die Einsätze unserer Bundeswehr zur Stabilisierung ferner Länder auch etwas mit ihrer eigenen Sicherheit, mit der Sicherheit in unserem Land, und mit der Wahrnehmung deutscher Interessen zu tun haben.

Das ist aber noch keine geistige Verarbeitung wie Walter Scheel es 1978 forderte. Ich habe manchmal den Eindruck, dass Afghanistan in unserer Öffentlichkeit nicht wirklich als „deutsches Thema“ wahrgenommen wird. Die Soldaten im Einsatz drohen zu „fernen Freunden“ zu werden, wenn und solange man keine persönlich kennt.

Empathie und Unterstützung für unsere Soldaten sind unverzichtbar. Aber eine geistige Verarbeitung der Rolle der Bundeswehr in unserer Zeit ist mehr. Mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien habe ich die Diskussion eröffnet. Wir haben die Frage Libyen diskutiert. Der Kirchentag in Dresden wurde u. a. von dem Thema Krieg und Frieden geprägt. Aber eine große Debatte ist das noch nicht.

Wozu braucht Deutschland Soldaten? Wofür töten? Wofür sterben?

¹ Rede auf der 22. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Saarbrücken vom 4.-6. April 1978

Ich habe Ihnen einige meiner Gedanken zu diesen Fragen skizziert.

Wir werden gleich noch Gelegenheit haben, zu diskutieren. Einig sind wir uns wohl alle, dass es bei diesen Fragen keine einfachen Antworten geben kann.

Ich rate uns allen zu großer Offenheit.

Wir befinden uns vor, in und nach jedem militärischen Einsatz in einem moralischen Dilemma. Und auch wir Deutschen werden uns in Zukunft nicht durch Wegducken aus diesem moralischen Dilemma befreien können.

Die Folgen unseres Nichthandelns werden wir uns jedoch genauso zurechnen lassen müssen, wie die Folgen unseres Handelns.

- Was können wir wissen? Ziemlich viel wenn es um Krieg und Frieden geht.
- Was sollen wir tun? Oder unterlassen? Mehr als bisher, wenn es um Krieg und Frieden geht.
- Was dürfen wir hoffen? Als Christ sage ich: dass der Frieden Gottes höher ist als (unsere) menschliche Vernunft.